



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
DER PARTEIVORSTAND

SPD-Parteivorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

Netzwerk der Elterninitiativen für Geburtskultur
c/o Verein für Mütter- und Familienpflege e. V.

Frau Anja Lück

Zum Bahnhof 28

35394 Gießen-Rödgen

Volker Norbistrath

Abteilungsleiter

Abteilung II / Politik

Tel.: 030 25991-445

Mail: wps@spd.de

Berlin, 22. März 2017

vorab per mail:

wahlpruefsteine@netzwerk-geburtskultur.de

Wahlprüfsteine 2017 / WPS 40 / Ihr Schreiben 27. Februar 2017

Sehr geehrte Frau Lück,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 27. Februar 2017 – unter anderen an den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Thomas Oppermann. Ihr Schreiben wurde zuständigkeitshalber an den SPD-Parteivorstand weitergeleitet, da Wahlprüfsteine hier zentral erfasst und beantwortet werden.

Wir haben Ihre Fragen, Vorschläge und Forderungen mit großem Interesse gelesen und danken Ihnen zugleich für viele Anregungen. Sie sind für uns, wie auch die von anderen gesellschaftlichen Gruppierungen, Vereinen, Verbänden und Institutionen, ein wichtiger Impuls für unsere Arbeit.

Unser Wahlprogramm wird erst im Frühsommer 2017 durch die Parteigremien verabschiedet. Deshalb können wir Ihnen heute nur wie folgt antworten:

In Ihrem Schreiben sprechen Sie das Thema Geburtshilfe an. Insbesondere die Versorgung mit Hebammenbetreuung für Schwangere und junge Mütter und Familien. Die SPD steht an der Seite der Hebammen. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag als Begleiterinnen beim Start ins Leben – vor, während und nach der Geburt. Die Geburtshilfe wird immer stärker technisiert. Die ganz persönliche fachliche Betreuung und menschliche Zuwendung durch eine Hebamme ist gerade deshalb für die Gesundheit von Mutter und Kind durch nichts zu ersetzen.

Aus diesem Grund wollen wir die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit einer sicheren und qualitativ hochwertigen Geburtshilfe und wir wollen für eine angemessene Vergütung sorgen. Voraussetzung dafür ist die Gewinnung von Hebammen und die Besetzung unbesetzter Stellen in den Kliniken ebenso wie die Steigerung der Ausbildungszahlen und der Tätigkeit freiberuflicher Hebammen. Nach unserer Kenntnis hat die Zahl der in Krankenhäusern beschäftigten Hebammen in den vergangenen Jahren zwar zugenommen, zugleich ist der Anteil der in Teilzeit Beschäftigten auf nahezu drei Viertel gestiegen.

SPD-Parteivorstand
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstr. 141
10963 Berlin

Fon 030 25991-500
Fax 030 25991-410
parteivorstand@spd.de
www.spd.de

Berliner Sparkasse
IBAN: DE77 1005 0000 0190 5555 56
BIC: BELADEBEXX

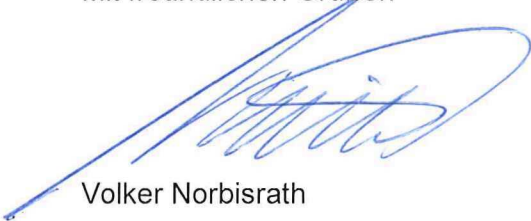
 facebook.com/SPD
 youtube.com/SPDvision
 twitter.com/SPDde

Zur Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung ist deshalb neben der Besetzung freier Stellen auch eine Aufstockung der Arbeitszeiten notwendig. Dies sollte aus unserer Sicht mit einer Entwicklung hin zu Geburtshilfeeinrichtungen einhergehen, die auf Grund ihrer Geburtenzahlen ausreichende Sicherheit, Qualität und Auslastung gewährleisten können.

Freiberufliche Hebammen befürchten, dass immer mehr Kolleginnen ihren Beruf aufgeben müssen, da sie sich die Tätigkeit finanziell nicht mehr leisten können. Insbesondere haben sie große Probleme, wirtschaftlich tragfähige Berufshaftpflichtversicherungen für geburtshilfliche Tätigkeiten zu erhalten. Die zuletzt gefundene Ausgleichsregelung leistet einen Beitrag dazu, die außerklinische Geburtshilfe zu erhalten.

Die Arbeit der Hebammen verdient öffentliche Anerkennung und eine anständige Vergütung. Wir wissen, wie wichtig die Begleitung durch Hebammen ist. Müttern und Kindern mit ihren Familien dürfen Entscheidungsmöglichkeiten und Wahlfreiheit bei der Geburt nicht verloren gehen. Sie müssen sich auch in Zukunft auf die Unterstützung einer Hebamme bei der Geburt und eine sichere und qualitativ hochwertige Versorgung verlassen können.

Mit freundlichen Grüßen



Volker Norbistrath